



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Europaausschuss  
Vorsitzender Herr Peter Lehnert  
Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Vereinigung der Unternehmensverbände  
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer  
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43  
Telefax 04331 1420-50  
E-Mail [froehlich@uvnord.de](mailto:froehlich@uvnord.de)

Per E-Mail: [Europaausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:Europaausschuss@landtag.ltsh.de)

Rendsburg, 28.05.2014  
Fr./Ch.

## Stellungnahme UVNord

### **Europäische Solidarität notwendig – Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen**

Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/1430

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des  
SSW - Drucksache 18/1588 Absatz 1

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zu dem obengenannten Antrag der CDU - Drucksache 18/1430 - und dem Änderungsantrag  
der Fraktionen der SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW - Drucksache  
18/1588 Absatz 1 - nehmen wir wie folgt Stellung:

#### **Zu 1.**

#### **„Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 18/1430“**

Wir begrüßen es grundsätzlich, sich dem Thema „Jugendarbeitslosigkeit in der EU“, vor allem  
in Spanien, auch aus Sicht und Möglichkeiten, die Schleswig-Holstein hat, zuzuwenden.

Der im Antrag genannte Vorschlag kann durchaus als ein Signal von Solidarität gewertet  
werden - allerdings wird er die Ursachen und deren Bekämpfung in Spanien nicht in  
größerem Umfang beheben können.

Spanien muss seine Reformen fortsetzen, Kammern einziehen und ein erfolgreiches System  
der dualen Ausbildung implementieren.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit darf daher auch nicht aus Sicht der spanischen Regierung nur als mögliches Konfliktpotential begriffen werden, sondern als verschenktes Potential von Chancen.

Gut ausgebildete Schulabgänger in Spanien sollten durchaus und auch vornehmlich dem eigenen Arbeitsmarkt und dem Aufbau der Wirtschaft nach der Krise zur Verfügung stehen.

Im Übrigen sind die bisherigen Erfahrungen mit vergleichbaren Programm und Initiativen, beispielsweise in Hamburg, nicht dazu geeignet, eine euphorisierende Motivation zu diesem Thema auszulösen. Viele Jugendliche interessieren sich möglicherweise noch für die Freie und Hansestadt Hamburg, Pahlen bei Heide oder Alt Duvenstedt bei Rendsburg - ohne den betreffenden Kommunen zu nahe treten zu wollen - sind nicht zwingend in der Gunst der Jugendlichen als ganz oben stehend zu bezeichnen.

In der Praxis sind nicht nur die Sprachen eine Hürde, die es zu überwinden gilt, sondern auch die unterschiedlichen Kulturen, Arbeitszeiten, fehlendes Heimatgefühl bis hin zum echten Heimweh, aber auch ganz profane Gegebenheiten, wie das Wetter, die bei spanischen Jugendlichen nicht sofort eine Bindungswirkung erzielen für eine Ausbildung im Norden.

Problematisch ist zudem, sich auf eine Region festzulegen und auf andere eben nicht. Welche Kriterien sollten hier als Begründung helfen?

Zielführend mag es sein, Ausbildungsberater und Verantwortliche der Kammern über den DIHK nach Spanien zu entsenden, um dort beim Aufbau funktionierender Strukturen dualer Ausbildungsgänge zu helfen.

**Zu 2.**

**„Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis90/Die Grünen und Abgeordneten des SSW - Drucksache 18/1588 Absatz 1“**

Der auf eine Bestandsaufnahme gerichtete Änderungsantrag kann die Basis für eventuelle weitergehende Maßnahmen bilden.

Richtig ist, bestehende Initiativen kennenzulernen - die idealerweise für den Fall bereits vorhandener Evaluierung weitere Maßnahmen folgen lassen. Wir regen an, hierzu auch die Kollegen der Handelskammer und der Handwerkskammer Hamburg zu hören.

Zur Beantwortung von Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Thomas Fröhlich